

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4065 –**

**Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung
ohne ideologische Scheuklappen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, zunächst in enger Abstimmung mit der Wirtschaft deren Rohstoff- beziehungsweise Materialbedarf aus Staaten außerhalb des europäischen Handelsraumes zu definieren, um auf dieser Basis eine aktive, eigenständige Außenhandelspolitik zu betreiben, die mittels Industriepartnerschaften mit relevanten Ländern Lateinamerikas, Afrikas sowie Vorder- und Südasiens nicht nur den Rohstoffbezug sichere, sondern auch den Aufbau einer Grundstoffindustrie und einer hierauf beruhenden Industrieproduktion vor Ort vorsehe, für die langfristige und preislich abgesicherte Abnahmegarantien vereinbart werden sollten. Dabei solle sich die Bundesregierung allein von wirtschaftlichen Interessen leiten lassen und die historisch gewachsenen Kulturen und Gesellschaftssysteme in den Bezugsländern tolerieren und respektieren, weswegen auch in diesem Zuge das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ersatzlos aufzuheben und ähnliche Regelungen auf europäischer Ebene zu verhindern seien.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4065 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Hansjörg Durz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hansjörg Durz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4065** wurde in der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Oktober 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD sieht durch politische Maßnahmen wie Embargos für Waren aus bestimmten Staaten oder das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) den Import von Rohstoffen, auf die die deutsche Wirtschaft angewiesen sei, gefährdet. Solche Maßnahmen seien Ausdruck eines „Moralimperialismus“, der sich zudem in Widersprüche verstricke, wie etwa die aufgenommenen Gaslieferungen aus Katar zeigten. Schließlich entferne man sich dadurch immer mehr vom „Kerngedanken des Handels als ideologiefreiem Austausch von Waren auf der Basis des gegenseitigen Respekts“.

Im Verdrängungswettbewerb mit China und anderen Staaten, die dagegen beim Rohstoffbezug keinerlei moralische Maßstäbe ansetzten, müsse man sich stattdessen auf die eigentliche Idee des Handels besinnen und konkret das LkSG ersatzlos aufheben und ähnliche Regelungen auf europäischer Ebene verhindern. Da die maßgebliche Wertschöpfung der deutschen Industrie nicht auf der Veredelung von Rohstoffen zu Halbzeug und Vorprodukten, sondern auf der Herstellung komplexer Fertigwaren basiere, sollten rohstoffreichen Ländern des Weiteren „echte Industriepartnerschaften“ angeboten werden. Das bedeute nicht nur die Rohstoffausbeutung, sondern auch deren Veredelung und somit auch den Aufbau von Wertschöpfungsketten vor Ort. Flankiert werden sollte das durch langfristige, festpreisbasierte Rohstoffabnahmegarantien, die sich am Bedarf der Wirtschaft orientierten, sowie durch Schutzzölle gegen Billigimporte.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4065 in seiner 55. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/4065 in seiner 48. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/4065 in seiner 57. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/4065 in seiner 48. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/4065 in seiner 65. Sitzung am 13. Dezember 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4065.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Hansjörg Durz
Berichtersteller

